

DaMOst-Jahreskonferenz 2021

Am 17. und 18. September fand zum mittlerweile vierten Mal die jährliche Mitgliederkonferenz von DaMOst statt, diesmal in Berlin. Nicht nur, aber auch aufgrund der diesjährigen Bundestagswahl war die Frage des Wahlrechts für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ein Schwerpunkt der Konferenz.



So sagte Vorstandsmitglied Rea Mauersberger (Foto, am Rednerpult) in ihrer Begrüßungsrede am ersten Konferenztage u.a.: „Die Partizipation von marginalisierten Gruppen ist Grundvoraussetzung einer pluralen Demokratie“, und sie warnte davor, dass Migration gerade wieder verstärkt dazu benutzt werde, um von gesellschaftlichen Missständen abzulenken.

Weitere große Themen der Konferenz waren die Möglichkeiten der Sichtbarmachung der in Ostdeutschland lebenden Migrant*innen und das Sprechen über Rassismuserfahrungen.

Wahlrecht

Über die Wahlrechtsfrage ging es vor allem am zweiten Konferenztage. DaMOst-Vorstand José Paca (Foto) sagte in seiner Begrüßungsrede: „Mir ist bewusst, dass viele von uns kein Wahlrecht haben“, und rief dazu auf, sich trotz des Widerstands in der Politik bei dieser Frage nicht entmutigen zu lassen und solidarisch zusammen zu stehen, denn: „Demokratie lebt von der Beteiligung aller“.



In einem aufgezeichneten Video-Grußwort lobte die Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Widmann-Mauz, zwar die Arbeit des DaMOst-Projekts EmpARDIO, sprach sich aber ausdrücklich gegen die Möglichkeit eines Wahlrechts für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft aus. Sie befürwortete stattdessen eine Erleichterung der Einbürgerung.

Kritik am Grußwort der Staatsministerin



Diese Position stieß bei den rund 60 Gästen der Konferenz auf heftige Kritik. „Ich kann nur widersprechen“, sagte Dr. Ruben Cárdenas Carbajal (Foto) von Migranet M-V, dem Migrationsnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern, und Vorstandsmitglied von DaMOst. Er erläuterte: „Ich bin seit mehr als 30 Jahren in Deutschland, ich habe zwei Kinder hier und ich arbeite hier, aber ich habe nicht die Absicht, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, denn ich will meine andere Staatsbürgerschaft nicht aufgeben. So wie mich gibt es über neun Millionen Menschen in Deutschland. Neun Millionen Menschen ohne Wahlrecht, das ist ein Skandal!“

Özcan Karadeniz vom Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen e.V. (DSM) kritisierte, das z.T. seit Jahrzehnten hier lebende Menschen dazu genötigt werden, sich zwischen der deutschen und ihrer ursprünglichen Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Der Ausschluss vieler Millionen Menschen von dem demokratischen Grundprinzip der Wahlen stelle ein eklatantes Demokratiedefizit dar. Solche Ausschlüsse hätten zudem historische Kontinuitäten. Er rief die Anwesenden dazu auf sich gegen derartige strukturellen Ausschlüsse zu engagieren und selbstbewusster politische Partizipationsrechte einzufordern: „Wir müssen solche Ungerechtigkeiten immer wieder eindeutig benennen und uns konsequent für gerechtere Verhältnisse einsetzen!“

Elisa Calzolari (Foto) von MigraNetz Thüringen e.V. verwies auf die Problematik des fehlenden (kommunalen) Wahlrechts für Drittstaatler*innen sowie die, anlässlich der Bundestagswahl gestartete, bundesweite Kampagne „Hier lebe ich, hier wähle ich!“, die in Thüringen mit symbolischen Bundestagswahlen (digital und in Präsenz) umgesetzt wird.



Diskussion mit eingeladenen Abgeordneten



Bei der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Abgeordnete der SPD, der LINKEN und von Bündnis 90/ Die Grünen über mögliche Reformen des Wahlrechts. Während Filiz Polat (MdB) von den Grünen (Foto, 1. von rechts) sich für die Option einer doppelten Staatsbürgerschaft für alle, die das wollen, aussprach, plädierten die beiden Anwesenden Abgeordneten der Linken, Elif Eralp (MdB) (Foto, 2. von links) und Katina Schubert (MdAbgeordnetenhaus Berlin) (Foto, 3. von links), für ein Wahlrecht unabhängig von der Staatsbürgerschaft, das jeder*m zustehen sollte, der mindestens fünf Jahre in Deutschland lebe. Sie verwiesen auf die Kampagne „Wahlrecht für alle“. Azis Bozkurt (MdB) von der SPD (Foto vorne, 2. von rechts) sprach sich ebenfalls für eine Änderung der bestehenden Rechtslage aus, aber mit der Einschränkung, für EU-Ausländer*innen zunächst erstmal nur das Wahlrecht auf kommunaler Ebene einzuführen und dann weiterzusehen. Er rief die Anwesenden aber auf, sich weiterhin für ein Wahlrecht auf allen politischen Ebenen stark zu machen, um der Politik Druck zu machen. Abgeordnete von den CDU- und FDP-Bundestagsfraktionen hatten die Einladung zur Podiumsdiskussion ausgeschlagen.

Rassismuserfahrungen verschiedener Generationen



Jenseits der Wahlrechtsfrage ging es auf der Konferenz u.a. um den unterschiedlichen Umgang mit eigenen Rassismuserfahrungen verschiedener Generationen.

Während Podiumsgast Moussah Dansokho (Foto, links), der in den 80er Jahren in die DDR migriert war, einen eher proaktiven und offensiven Ansatz vertrat, zeigten sich die beiden jüngeren Podiumsgäste und Migrant*innen der 2. Generation, Tien Niem (Foto, rechts) und Walter Grunt, eher dazu motiviert, Netzwerke und bestärkenden Gemeinschaften aufzubauen und in öffentlichen Debatten positivere Aspekte des Lebens als (Post-) Migrant*in stark zu machen. Einig waren sich alle drei darin, dass Menschen, die keine Rassismuserfahrungen haben, bei diesem Thema besser in den Hintergrund treten und diejenigen mit solchen Erfahrungen bestärken sollten.

Radio- und Buchprojekt: Lebensgeschichten von Migrant*innen in Ostdeutschland

Außerdem ging es am ersten Konferenztag um Lebensgeschichten von in Ostdeutschland lebenden Migrant*innen und ihr Potential für die politische Interessenvertretung und Bildungsarbeit. In einer live vor Ort entstehenden Radiosendung mit Musik stellten vier Mitglieder der „Initiative Postmigrantisches Radio“ ihr bald erscheinendes Buch mit Biografien von Migrant*innen vor, das im Rahmen des DaMOst-Projekts „Mi*Story“ aus Gesprächen mit Zeitzeug*innen entstanden ist. Darunter waren die Geschichten einer vietnamesischen Dolmetscherin, der Tochter einer afghanischen Diplomatin, eines senegalesischen und eines palästinensischen Studenten, die zu unterschiedlichen Zeiten in die DDR gekommen waren und die Wendezeit miterlebten.

Bildungsarbeit und politische Interessenvertretung



Weiter mit dem Thema ging es später mit einer Podiumsdiskussion mit den Gästen Thi Hoang Ha Vung vom Deutsch-Vietnamesischen Verein Magdeburg und mit Cynthia Zimmermann (Foto) von der Initiative „12. August Merseburg“.

Frau Zimmermann sah ein Problem darin, dass in Ostdeutschland lebende Migrant*innen nicht nur von der Mehrheitsgesellschaft wenig bis kaum wahrgenommen würden, sondern dass es auch zwischen den Generationen sowie zwischen den unterschiedlichen Communities an Dialog und Erfahrungsaustausch mangle. Sie plädierte für mehr Selbstbewusstsein auf Seiten der Migrant*innen und ihrer Nachfahren und verwies auf die Erzählcafés, die DaMOst im Rahmen seines Projekts Mi*Story veranstaltet. Frau Ha richtete die Bitte an DaMOst, Partizipationsstrukturen weiter zu festigen und zu verstetigen, damit nicht jede Gruppe und jede Generation wieder von vorn anfangen müsse.

Förderung von Projekten junger Migrant*innen und Engagement in Brandenburg

Zwischen den beiden Podiumsdiskussionen stellten drei jungen Leuten mit Migrationshintergrund ihre Projekte vor, die das DaMOst-Kooperationsprojekt JUGENDSTIL* unkompliziert und unbürokratisch fördert. Mehr Infos dazu: <https://jugendstil-projekt.de/>

Außerdem stellte Diana Sandler vom Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg e.v. ihr Engagement für den Wiederaufbau des jüdischen Lebens und das friedliche Zusammenleben von jüdischen und muslimischen Menschen in Brandenburg vor. Mehr Infos dazu: <http://www.juedische-gemeinde.com/>

Die Jahreskonferenz wurde ergänzt durch die Delegiertenversammlung. Jeweils zehn Delegierte waren aus jedem Mitgliederverband mit dem statuarischen Sitz in einem Bundesland entsandt worden.

(Fotos: Mahmoud Dabdoub)